

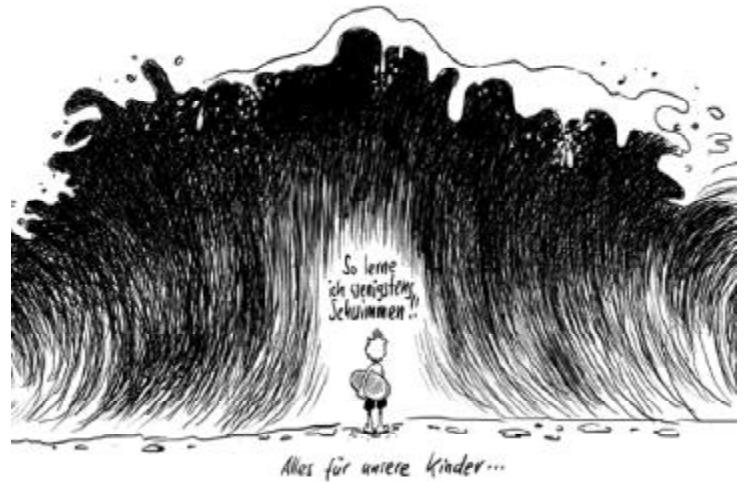
Keine Kürzungen bei der Jugend!

Anfang 2006 beschloss die Landesregierung NRW, die Fördermittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit um 30 Prozent zu kürzen. Das sind rund **21 Mio. Euro**, die den Jugendlichen gestrichen wurden. Dadurch werden viele Angebote der Jugendzentren und Jugendverbände, Bildungs- und Beratungsstellen, Seminare, Hausaufgabenhilfen usw. eingeschränkt oder ganz abgeschafft.

- Öffnungszeiten von Jugendzentren werden reduziert oder ganze Einrichtungen geschlossen. Das heißt, die neuen Freizeiteinrichtungen sind die Straße oder Spielhallen...
- Hilfsangebote, wie zum Beispiel Hausaufgabenhilfe fallen weg – nur noch die, die sich private Nachhilfe leisten können, haben eine Zukunftschance.
- Freizeitangebote und Jugendfreizeiten werden weiter eingeschränkt oder ganz aus dem Programm gestrichen und bleiben nur denen vorbehalten, die es sich auch leisten können.

Gegen diesen Kürzungsbeschluss läuft seit Februar 2006 die **Volksinitiative** „Jugend braucht Vertrauen - jetzt!“. Dadurch sollen die Politiker aufgefordert werden, die Kürzungen zurück zu nehmen und die festgelegte Förderung der Kinder- und Jugendarbeit in NRW in Höhe von 96 Mio. Euro einzuhalten.

Damit es soweit kommen kann, müssen bis zum 5. Mai 2006 landesweit **66.142 gültige Unterschriften** gesammelt werden.



Zur Erinnerung: Bereits 2004 wurde eine Volksinitiative gegen beschlossene Kürzungen im Jugendbereich durchgeführt. 175.000 wahlberechtigte BürgerInnen beteiligten sich und in Folge sah sich die Landesregierung dazu gezwungen, die Landesmittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit auf 96 Millionen Euro festzuschreiben. Nun setzt sich die Landesregierung über den Willen der Bevölkerung hinweg und beschloss erneute Kürzungen. So strich die Landesregierung beispielsweise den Defizitenausgleich für die Kindergärten in Höhe von 94 Millionen Euro. Die Einführung der Studiengebühren soll spätestens im Jahr 2007 erfolgen. Ende Februar 2006 wurde bekannt, dass der Zuschuss für die Frauenhäuser um 30 Prozent gekürzt werden soll.

An dieser Umverteilungspolitik wird sich solange nichts ändern, wie die Betroffenen sich nicht öffentlich zur Wehr setzen. Darum: **Kürzungen nicht hinnehmen und die Unterschriftenkampagne unterstützen!**

Die **Unterschriftenlisten** können auf unserer Internetseite unter www.genugistgenug.net heruntergeladen werden.

Ausbildungsplatzsuchende: Wie aus Opfern Schuldige wurden

Die Zahl der Lehrverträge in 2005 ist um 4 % (22.800 Lehrstellen) auf 550.200 neue Ausbildungsverträge zurückgegangen. Damit wurden nicht einmal 60 % der SchulabgängerInnen erreicht. Zehntausende Jugendliche befinden sich in Warteschleifmaßnahmen, während sich die Bundesregierung hartnäckig weigert, die Ausbildungsplatzabgabe einzuführen. Nicht die Zukunft der Jugendlichen, sondern die Profite der Unternehmen liegen den Regierenden am Herzen. So nimmt es auch keine Wunder, dass ausbildungsplatzsuchende Jugendliche zu 1-Euro-Jobs verdonnert werden. Zum 1. Juli 2006 kürzte man den unter 25-jährigen den Arbeitslosengeld-II Regelsatz um 20 %. Desweiteren haben sie keinen Anspruch mehr auf eine eigene Wohnung und müssen sogar bei Arbeitsplatzverlust zurück zu den Eltern ziehen.